

Statt eines Vorworts

Von der Demografie zur Deutung

Peter Jakubowski und Robert Kaltenbrunner

Der bekannteste weise Narr der islamischen Welt ist Nasreddin Hod-scha, der im 13. Jahrhundert in Anatolien gelebt haben soll. Noch heute erzählt man sich unter Türken seine Geschichten. Eine davon geht so: Nasreddin betrat ein Teehaus und verkündete: »Der Mond ist nützlicher als die Sonne.« Die Leute waren erstaunt und fragten, warum. Seine lakonische Antwort: »Weil wir in der Nacht das Licht nötiger brauchen.«

Manchmal könnte einen der Verdacht beschleichen, dass die Politik ähnlich luzide Erkenntnisse in Bezug auf die Bevölkerungswissenschaft hat. Oder dass das Thema Demografie ihr nur als eine Art fatalistisches Feigenblatt dient. Diese betreibt ja prima vista auch ein arg nüchternes Geschäft: Sie zählt Mütter und Kinder, Männer und Frauen, Erwerbstätige und Rentner, Lebensjahre, Geburten und Sterbefälle und setzt all dies in Beziehung zu geografischen Räumen und historischen Zeiten. Unter ihrer ordnenden Hand nehmen schweigende Zahlen die Gestalt sprechender Grafiken an. Aber so richtig sexy ist das eher nicht.

Die Geschichte tut ein Übriges: Die Bevölkerungswissenschaft will uns offenkundig Mores lehren. Das war schon so, als 1798 Thomas Robert Malthus seinen »Essay on the Principle of Population« schrieb. Hinter den scheinbar neutralen demografischen Statistiken steckt eine Idee, wie eine Bevölkerung am besten zusammengesetzt sein sollte. Und es kam noch schlimmer: »Volk ohne Raum« hieß eines der politischen Schlagwörter, die aus der Bevölkerungszunahme im endlichen Raum der Nationalstaaten destilliert wurden. Die blutige Spur, die im 19. und 20. Jahrhundert hinter dieser Parole durch die Welt gezogen wurde, ist bis heute unübersehbar. So gesehen ist es vielleicht nicht verwunderlich, dass die Frage der Bevölkerungsentwicklung kaum mehr laut gestellt wird. Sie scheint in der Asservatenkammer abgelegt zu sein. Man könnte fast meinen, die kausale Beziehung zwischen der Anzahl

der Menschen und der Weltlage sei keine logisch-zwingende, sondern eventuell nur eine willkürlich-mystische. Nur gelegentlich schaffen es Analysen oder Prognosen blitzlichtähnlich in die Tagespresse, um dann wieder schnell in die doch engen Fachzirkel der Wissenschaft zu verschwinden.

Es ist aber auch diffizil. Denn wenn er in seinem Metier bleibt, kann der Demograf über Bevölkerung eigentlich nur sprechen wie ein Zoologe von Artenvielfalt und Bestandserhaltung. Es ginge dann also nur um Zahlen und Beobachtungen aus dem Reich der Biologie. Für die Öffentlichkeit interessant jedoch wird es erst, wenn die Voraussagen mit soziologischen oder ökonomischen Suggestionen verknüpft werden. Erst im Übergang von Zahlen zu Deutungen gewinnt die Demografie an Aufmerksamkeit und gesellschaftlicher Relevanz. Dabei knüpfen sich an den Bevölkerungsdiskurs vor allem folgende Fragen: Welche Fakten sind unstrittig, welche Prognosen möglich? Wie ist der demografische Wandel zu bewerten, was sind seine Ursachen und inwieweit können wir den Lauf der Dinge beeinflussen? Unter der Hypothese, dass Deutschlands Einwohnerschaft in den nächsten zwanzig Jahren um gut 6 Mio. wächst, wollen unterschiedliche Autoren solchen und anderen Fragen im Folgenden nachgehen. Dabei geht es nicht nur um demografische Fakten, sondern auch um Ansatzpunkte und Möglichkeiten für eine gestaltende Politik.

Die Relevanz eines Nationalstaates wird zwar auch durch seine Fläche, aber mehr noch durch seine Einwohnerzahl bestimmt. Letztere ist ein wichtiger Gradmesser für seinen politischen und wirtschaftlichen Einfluss – regional wie global. Eine große Bevölkerung kann eine Quelle von Macht sein, insbesondere dann, wenn sie mit anderen Ressourcen wie wirtschaftlicher Produktivität und militärischer Stärke kombiniert wird. Ein Staat mit großer Einwohnerzahl kann eine bedeutende ökonomische Dynamik entfalten, indem er einen großen Arbeitsmarkt und Verbrauchermarkt bietet. Zudem dominiert die Logik der großen Zahl: Wenn die Rahmenbedingungen stimmen, ist die Wahrscheinlichkeit, geniale Ideen zu entwickeln, bei einer großen Bevölkerung naturgemäß deutlich höher als in einer kleinen Gruppe von Menschen. Dies schafft Potenzial für ökonomisches Wachstum, Innovation und Handelsmacht. China und Indien sind hierfür beispielhafte Nationen, die ihre Bevölkerungsgröße in wirtschaftliche Stärke umgewandelt haben. Insbesondere Chinas große Arbeitskraft hat zu einem Produktionsboom und einer starken Exportwirtschaft beigetragen. Allerdings

müssen solche Länder auch sicherstellen, dass ihre Bevölkerung angemessen qualifiziert und beschäftigungsfähig ist, um die Vorteile voll auszuschöpfen.

Auf der politischen Bühne kann Bevölkerungsreichtum auch in diplomatischen Verhandlungen und internationalen Organisationen eine Rolle spielen. Ein großer Binnenmarkt und eine umfangreiche Arbeitskraft können eine Nation zu einer wichtigen Akteurin in globalen politischen Entscheidungen machen.

Allerdings bedeutet Bevölkerungsreichtum nicht zwangsläufig Macht. Die effektive Nutzung dieser Ressource erfordert eine angemessene politische Führung, Bildung, soziale Infrastruktur und Wirtschaftsstrategien. Eine übermäßige Bevölkerung ohne entsprechende Mittel und Institutionen kann zu Herausforderungen wie Armut, Instabilität und Ressourcenknappheit führen. Andererseits stellen gut organisierte große Staaten per se einen politischen Einflussfaktor dar. Und wenn sie weiter wachsen, führt das regelmäßig zu Beunruhigungen bei anderen Staaten, womöglich auch zu Ressentiments. Politische Leitfiguren sehen sich als umso mächtiger an, je größer das Land ist, das sie führen. Wenn sich Bevölkerungszahlen und sogar die Relationen und Gewichte der Staaten untereinander im Laufe der Zeit verschieben, löst dies erhebliche Unordnung im wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Miteinander aus.

Eine solche Zäsur war die deutsche Wiedervereinigung. Deutschland hatte nun plötzlich gut 78 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner und war nach Russland das bevölkerungsreichste Land Europas. Helmut Kohl war nach der ersten gesamtdeutschen Wahl nun Kanzler eines Landes, das deutlich mehr Einwohnerinnen und Einwohner hatte als Großbritannien und Frankreich – zwei der stolzen Siegermächte des Zweiten Weltkrieges. Entsprechend ausgeprägt war zu Beginn der 1990er Jahre das Ressentiment der Nachbarländer, es nun (erneut) mit einem »deutschen Riesen« zu tun zu haben. Zumal man Deutschland zutraute, den Einigungsprozess so zu gestalten, dass es zumindest wirtschaftlich alle Vorteile aus seiner neuen Größe ziehen würde – und dass dies innerhalb Europas zu einem Ungleichgewicht führen könnte. Obgleich dieses Misstrauen in den Folgejahren spürbar nachließ, zeigt sich doch, wie tiefgreifend und vielfältig bereits ein rein quantitatives Verhältnis der Bevölkerungszahlen in Europa das Denken und Handeln verändert – stets begleitet von Erwartungen, Befindlichkeiten und Ängsten.

Nun ist schiere Größe natürlich längst nicht alles, schon gar nicht in den Untiefen demografischer Verästelungen. Noch im Jahr 1990, nach dem triumphalen Sieg der deutschen Nationalmannschaft bei der Fußballweltmeisterschaft im Olympiastadion von Rom, war der Fußballkaiser Franz Beckenbauer davon überzeugt, dass die deutsche Mannschaft wegen der Wiedervereinigung und der nun für Deutschland spielberechtigten Spieler der ehemaligen DDR auf Jahre hin unschlagbar sei – gleichsam als Ausdruck der oben skizzierten Gleichung, nach der Größe mit Erfolg gleichzusetzen sei. Interessanterweise war des Kaisers Aussage in der Rückschau zumindest für den olympischen Sport nicht ganz falsch. Denn zunächst bestätigte das wiedervereinte deutsche Olympiateam die großen Hoffnungen, gewann bei Olympia 1992 in Albertville den Medaillenspiegel und überzeugte auch 1992 in Barcelona mit Rang drei. In London 2012 war man dann aber nur noch Sechster. Wie lange die Unbesiegbarkeit im Fußball hielt, ist hinlänglich bekannt – der vierte Stern wurde erst 2014 in Brasilien erspielt.

Was sagt der kurze Ausflug in die Sphäre des Sports? Vielleicht dies: Zahlen allein haben nur eine begrenzte Aussagekraft. Große, sehr große Gemeinwesen müssen bestens organisiert werden, was mit zunehmender Bevölkerung und kultureller Vielfalt, die immer auch Eigenheiten und neue Anforderungen mit sich bringt, deutlich schwieriger wird. Es gibt hinreichend Beispiele, in denen eine übermäßig große Bevölkerung mit begrenzten Ressourcen zu Herausforderungen führen kann, wie in einigen Teilen Afrikas. Eine wachsende Bevölkerung erfordert entsprechende Infrastruktur, Bildung und Arbeitsplätze, um positive wirtschaftliche Entwicklungen zu unterstützen. Um es salopp auszudrücken: Den großen Sack Flöhe so zu hüten, dass alle zufrieden und erfolgreich sein können, stellt eine enorme Herausforderung dar. Zumal moderne sozialstaatlich geprägte Staaten wie Deutschland sich dazu verpflichtet haben, die Rahmenbedingungen für eine hochwertige Daseinsvorsorge für ihre Einwohner zu sichern. Gemäß seiner Verfassung bedeutet das, dass die Bevölkerung eben nicht dazu da ist, dem einwohnerstarken Staat zu Macht und Ansehen zu verhelfen. Vielmehr muss der Staat mit seinen Institutionen und seiner Politik dafür Sorge tragen, dass die Menschen bezahlbar wohnen können, Zugang zu Bildung und Gesundheitsvorsorge erhalten und vieles andere mehr. Und mit Blick auf die Geografie ist es eine zusätzliche Herkulesaufgabe, die Daseinsvorsorge in allen Teilräumen Deutschlands zu sichern.

Seit der Wiedervereinigung hat sich auch in demografischer Hinsicht extrem viel verändert. Lange prägten Schrumpfung und Alterung die gesellschaftlichen Diskurse um die Demografie. Seit 2011 wuchs aber die Bevölkerung Deutschlands um 3,2 Mio. – Ende 2023 lebten in Deutschland rund 83,5 Mio. Menschen. Auch Frankreich und Großbritannien haben mit 68,4 Mio. bzw. 68,7 Mio. heute deutlich mehr Einwohner als noch 1990. Wesentliche Treiberin dieser Entwicklung ist die Außenzuwanderung nach Deutschland und in andere europäische Länder, die trotz niedriger europäischer Geburtenraten die Bevölkerungszahlen nach oben gedrückt hat.

Weite Teile dieser Wanderungsbewegungen der jüngeren Vergangenheit sind auf Flucht und Vertreibung infolge des brutalen Bürgerkrieges in Syrien und des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine zurückzuführen. Menschen kommen aber auch aus anderen Gründen und Ländern nach Deutschland, um hier eine neue Heimat zu finden. Wirtschaftliche Motivation spielt eine bedeutende Rolle, da Menschen aus ökonomisch benachteiligten Regionen in Länder mit besseren Chancen ziehen. Gleichzeitig können politische Unruhen, Konflikte und Menschenrechtsverletzungen destabilisierend wirken, was Flucht und Migration auslöst. Umweltveränderungen, insbesondere durch den Klimawandel, gewinnen an Anerkennung als bedeutende Migrationsursachen. Naturkatastrophen und langfristige Umweltveränderungen können Lebensgrundlagen beeinträchtigen und Migration forcieren.

Diese Faktoren weisen erhebliche Wechselwirkungen auf – und im Ergebnis sowohl den quantitativen als auch den qualitativen Fragen der Demografie eine durchaus brisante Bedeutung zu. Längst ist die einfache Gleichung »Mehr Bevölkerung bedeutet mehr Macht und Wohlstand« zu einer komplizierten mathematischen Formel mit vielen Unbekannten geworden. Migranten und Flüchtlinge werden zur Spielmasse geopolitischer Deals, humanitäre Hilfe und Schutz sind direkt verknüpft mit Fremdenfeindlichkeit und teilweise als überfordernd empfundenen Integrationsanforderungen. Das Auslösen oder Aufhalten von Flüchtlingsströmen wird als machtpolitischer Hebel im internationalen Kampf um Macht und Einfluss gesehen und schamlos eingesetzt. Ein »Zuviel und Zuschnell« an Bevölkerungswachstum hat heute die Tendenz, Staaten und Gesellschaften wenn nicht zu schwächen, so doch zumindest herauszufordern. Dabei spricht vieles dafür, dass das schnelle, schubhafte Ansteigen der Einwohnerzahlen durch Krieg, Flucht und Vertreibung die größte Bürde darstellt. Das ist selbstverständlich nach

den großen Kriegen des 20. Jahrhunderts strukturell ähnlich gewesen, wenngleich in den Dimensionen unvergleichbar. Aber auf die Schnelle Daseinsvorsorge und Integration für so viele zusätzliche Menschen hinzubekommen, ist herausfordernd und ruft politische Vereinfacher und Rattenfänger auf den Plan.

Der jüngste Blick nach Syrien mag belegen, wie sinnlos es sein dürfte, Prognosen über die Wanderungen und Flüchtlingsströme in den nächsten zwanzig Jahren abzugeben. Sollen wir aber davon ausgehen, dass Wanderungsbewegungen zur Ruhe kommen und dass sich die Gründe für andere Flüchtlingsströme erledigen? Sollen wir davon ausgehen, dass Deutschland von Wanderungen infolge des Klimawandels unberührt bleibt?

Im Zentrum dieses Sammelbands steht ein Gedankenspiel, das sich darum rankt, welche Herausforderungen sich ergeben könnten, wenn Deutschland bis zum Jahr 2045 auf eine Einwohnerzahl von 89 Mio. Menschen käme. Es gilt das Motto »Was wäre wenn?«. Was bedeutete ein weiteres Bevölkerungswachstum für die Versorgung mit Wohnraum? Wie erginge es dem Verkehr und der Mobilität? Wie würde sich die Flächeninanspruchnahme entwickeln, welche Fragen ergäben sich für heute schon unter Anpassungsdruck geratene Großstädte und ihre sozialen Herausforderungen? Welche wirtschaftlichen und finanzpolitischen Auswirkungen können in einem Deutschland mit 89 Mio. Menschen auftreten?

Es geht bei den Überlegungen nicht um eine neue deutsche Großmannssucht oder einen kulturpessimistischen Alarmismus. Eher ist es um eine Art Aufklärung zu tun – um eine Weitung des Blickwinkels gewissermaßen. Dieser Band will der interessierten Öffentlichkeit Daten und manche Argumente an die Hand geben, sich selbst ein Bild zu machen. Er präsentiert keine Wahrheiten, macht sich womöglich in vielerlei Hinsicht sogar angreifbar. Aber er offeriert, so die Hoffnung, einige stringente Gedankenstränge, deren Mehrwert darin liegt, dass sie weitere Debatten – öffentliche oder private – befruchten können.